

Standsgeld vom 8.2. 1990 zu ergänzen. Wer möchte, daß der Ministerrat diesen Auftrag erhält, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich sehe zwei Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 19. Es handelt sich um den Antrag, der heute früh zusätzlich in die Tagesordnung aufgenommen worden ist, von der Fraktion Bündnis 90/Grüne:

Antrag, betreffend die Arbeit des Zeitweiligen Prüfungsausschusses.

Zur Begründung dieses Antrages hat das Wort der Vertreter der Fraktion, der Abgeordnete Poppe.

Poppe für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht uns bei diesem Antrag nicht darum, eine Hexenjagd zu eröffnen.

(Zurufe)

Das geschieht bereits seit längerem von anderer Seite, zum Beispiel seitens bestimmter Boulevardblätter. Dort werden seit Monaten Verdächtigungen ausgesprochen, Dementis abgegeben, Rücknahmen und wieder neue Verdächtigungen ausgesprochen, und wir leben jetzt damit seit mindestens einem halben Jahr. Diejenigen, die für solche Vorgänge verantwortlich sind, tun das sicherlich nicht immer nur aus reinen Markterwägungen.

Es gibt auch andere Motive. Manche äußern sich vielleicht aus ganz ehrenwerten Gründen. Einer nennt einen Namen, weil er das Verzögern, das Unter-den-Teppich-Kehren nicht mehr länger ertragen konnte und meinte, es bedürfe eines spektakulären Vorgangs, um den Abschluß der Aktenuntersuchungen überhaupt noch bis zum 3. Oktober möglich zu machen.

Manchmal entsteht allerdings auch der Eindruck, daß solche Äußerungen in den Medien auch Bestandteil einer systematischen Demontage dieses Hauses in der Öffentlichkeit sein könnten.

(Schwacher Beifall)

Es werden Mitglieder dieser Volkskammer als unfähig, als Amateure beschrieben. Nicht genug damit: Sie sind auch geldgierig, die haben offenbar keine anderen Probleme, als sich um ihre Diäten zu kümmern. Und zudem sind sie noch durch die Stasi-Vergangenheit belastet, und wahrscheinlich zu Hunderten. Dieser Eindruck wird mitunter vermittelt. Was sollte also dagegen sprechen, sich seiner gewählten Interessenvertretung so schnell wie möglich zu entledigen und sich in die Arme von Helmut, Helmut zu begeben!

Wenn Sie diese Meinung teilen sollten, so können Sie die weitere Demontage dieser Volkskammer zulassen. Wenn Sie jedoch der Meinung sind, daß die Mitglieder dieses Hauses in ihrer Mehrheit verantwortungsvoll gearbeitet und entschieden haben, sollten Sie nicht zulassen, daß täglich neue Verdächtigungen, Rechtfertigungsversuche und Dementis das Ansehen dieses ersten frei gewählten Parlaments weiter beschädigen, auch wenn wir nur noch so wenige Arbeitstage vor uns haben.

(Beifall)

Das wird aber dann nicht gelingen, wenn dieses Parlament und damit auch die Öffentlichkeit weiter im unklaren gelassen werden über das tatsächliche Ausmaß von Verstrickungen von Abgeordneten und Regierungsmitgliedern in die Aktivitäten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit. Es geht mir nicht darum, diese Menschen, die zu der erwähnten Kategorie gerechnet werden könnten, pauschal zu verurteilen. Allerdings werden sie häufig als „Betroffene“ bezeichnet, was meint, betroffen von den Untersuchungsmaßnahmen des Sonderausschusses. Man sollte, denke ich, hin und wieder daran erinnern, daß die eigentlich Betroffenen andere waren.

(Beifall, vor allem bei der PDS)

Es geht also nicht darum, diese Menschen pauschal zu verurteilen, sie für allein schuldig zu erklären. Sie sind oftmals in gleichem Maße auch Opfer des Systems, was sie zu ihren Tätigkeiten veranlaßt hat, und das kann auch gar nicht oft genug gesagt werden. Aber es ist mir unverständlich, daß bis heute, nachdem dieses Thema schon im Herbst eine Rolle spielte, dann am Runden Tisch eine entscheidende Rolle spielte und auch sofort seit Beginn der Arbeit dieses Parlaments, sich diese Menschen, auf die das in dem Antrag genannte Untersuchungsergebnis zutrifft, überhaupt haben aufstellen lassen für dieses Parlament

(Beifall)

oder für Regierungsämter und daß sich vielleicht sogar einige von ihnen für den Bundestag aufstellen lassen wollen, egal, ob es das Übergangsparlament oder den neuzuwählenden Bundestag ist.

Das, denke ich, darf es nicht geben, und es darf auch diese Verdächtigungen in dem Ausmaß, wie wir sie jetzt täglich erleben, nicht weiter geben. Aus diesem Grunde sind wir der Meinung: Es muß eine Aussage getroffen werden, die es der Öffentlichkeit möglich macht, diesen Vorgang zu verarbeiten, und die auch uns den weiteren Umgang miteinander möglich macht. Wir sollten vielleicht über die Form, in der das geschehen könnte, nachdenken.

Ich habe vorhin mit Befriedigung die Entschuldigung gehört, die auf einen ganz alten Vorgang hin erfolgte, und ich könnte mir zum Beispiel auch vorstellen, daß einer oder zwei von denen, die in den letzten Tagen vom Untersuchungsausschuß oder von ihren Fraktionsvorsitzenden angesprochen wurden, sich hierherstellen und sagen: Ja, so war es, ich habe mich schuldig gemacht, es gab die und die Gründe, und ich bedaure das.

(Beifall bei SPD, bei Bündnis 90/Grüne und bei CDU/DA)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner :

Bevor wir die Aussprache eröffnen, möchte ich Ihnen mitteilen, daß Ihnen vom Präsidium vorgeschlagen wird, diesen Antrag genau diesem Zeitweiligen Prüfungsausschuß zur Beratung zu überweisen.

Wir halten es für sachgemäß, daß der Prüfungsausschuß selber noch einmal dazu Stellung nimmt, ob es sinnvoll ist und in welcher Weise es geschehen könnte, dem Anliegen Rechnung zu tragen.

Ich sage das vor der Aussprache, weil daraufhin vielleicht jeder, wenn er weiß, es wird heute nicht in der Sache entschieden einschätzen kann, ob und in welchem Umfang er reden möchte^

Wünscht dazu jemand das Wort? - Bitte schön, Abgeordneter von Ryssel.

Von Ryssel (F.D.P.):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieses Thema hätte uns eigentlich schon viel eher so gründlich beschäftigen müssen, wie wir uns heute damit beschäftigen.

(Beifall)

Ich kann eigentlich einigen Rednern des heutigen Tages nur zustimmen, die es als absolute Katastrophe empfunden haben, daß solche Menschen, die sich bereit erklärt hatten, für die Staatssicherheit zu arbeiten, heute an dieser Abstimmung teilgenommen haben. Und ich möchte ganz deutlich sagen: Uns geht es nicht darum, nun jeden, der als Informant oder sonst irgendwo tätig war, in Bausch und Bogen zu verurteilen, sondern wir halten es für eine absolute Unverschämtheit, als Ignoranz gegenüber unserem Volk, daß sich Menschen, die sich bereit erklärt hatten, für diese Organisation zu arbeiten, am 18. März zur Wahl gestellt haben, sich in dieses Parlament haben wählen lassen.